

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 39/39
Telex: 8 86 848 pohn d
Telefax: 21 06 04

Inhalt

Wolfgang Thierse MdB
zum 3. Oktober: Ein
Freudentag? Ein Freu-
dentag!

Seite 1

Heidemarie Wiecek-Zeul
MdB zur Notwendigkeit,
der Ausländerfeindlichkeit
entgegenzutreten: Zeichen
der Solidarität setzen!

Seite 4

Dokumentation

Die Gustav-Heinemann-
Initiative hat dazu aufge-
rufen, Ausländer und Ver-
folgte zu schützen.

Seite 4

Der Hauptvorstand der
ÖTV hat einen Appell
verabschiedet, dem
Ausländerhaß entgegen-
zutreten.

Seite 5

46. Jahrgang / 189

2. Oktober 1991

Ein Freudentag? Ein Freudentag! Gedanken zum 3. Oktober

Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Der 3. Oktober 1990 war ein großes Fest - mit verhaltenem Jubel. Die Stimmung der Menschen war gehoben und durchaus auch ein wenig skeptisch. Was wird wohl jetzt auf uns alle zukommen, fragten sich viele.

Der 3. Oktober 1991 ist ein neuer gesetzlicher Feiertag, der begangen wird. Die Hamburger Bürgerschaft wird ihn zu einem Tag des Föderalismus machen, was mir insofern erfreulich erscheint, als die SPD der DDR mit der Vereinigung eine Stärkung des Föderalismus gewollt hat. Wer die Erfahrungen eines drückenden und lähmenden Zentralismus hinter sich hat, weiß den Föderalismus zu schätzen.

Ist der 3. Oktober auch dieses Jahr ein Freudentag? Es kommt darauf an, von wem man auf die Frage, ob er sich über die staatliche Vereinigung noch freut, eine Antwort erhält. Viele, für mich leider viel zu viele, Menschen haben genügend Gründe, den 3. Oktober nicht als Freudentag zu begreifen. Gleichwohl ist es einer. Die Gedanken der Menschen in den neuen Ländern werden von Existenzsorgen bestimmt; die Gefühle sind häufig geprägt von in den letzten zwei Jahren erfahrenen Verletzungen. Trotzdem sind die Vorzüge der deutschen Einheit den meisten bewußt. Wie anders sollten Demokratie, Grundrechte, die Freiheit vom staatlichen Gängelband, die Befreiung vom leisen Terror der SED-Herrscher erreicht und gesichert werden, als durch die Vereinigung mit der Bundesrepublik des Grundgesetzes? Es gab am Schluß - nach der kurzen Phase einer wahrhaftig verständlichen, aber doch heroischen Illusion von einem eigenen, einem "dritten" Weg im Oktober/November 1989 - am Schluß keinen anderen realistischen Weg zur Erfüllung der Wünsche der Mehrheit. Dem Herbst 1989 in der DDR war die Massenflucht des Sommers vorausgegangen. Menschen setzten alles auf eine Karte, weil sie das realsozialistische "Spiel" verloren gaben. Sie verließen gesicherte Stellung und leidliches Auskommen, Bespitzelung und die unser Überleben ermöglichende, die DDR ertragbar machende Notgemeinschaft der Menschen. Sie wagten einen neuen Anfang. Die Bürger der DDR sind Ihnen insgesamt darin gefolgt. Insofern gab es einen untrennbaren Zusammenhang zwischen der Flucht nach draußen - dem individuellen Lösungsweg - und dem Aufbruch im Innern des Landes - der kollektiven Befreiung!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umwelt-
freundliches Recycling-
Papier



Heute scheint das Tempo der Vereinigung das eigentliche Problem zu sein. Vielen geht es nicht schnell genug. In der Tat: Die Herstellung gleicher ökonomischer und sozialer Lebensverhältnisse in Deutschland dauert viel länger, als die meisten erhofft haben und manche Regierungspolitiker die Menschen Ostdeutschlands haben glauben machen wollen. Die Langsamkeit des ökonomischen Aufschwungs weckt Ungeduld und Enttäuschung.

Anderen - oder sind es teilweise sogar dieselben? - geht vieles zu schnell. In der Tat: Eine so vollständige Umwälzung aller Lebensumstände in so kurzer Zeit ist nicht wirklich zu verkraften. Der Aufbruch zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat war biographisch eben auch ein Ende! Der Tod des Vaters hinterlasse auch dann eine Lücke, wenn er ein Tyrann und Säufer war, mit diesem Bild hat Reinhard Höppner die Gefühle beim Abschied von der DDR beschrieben. Bedrohlich ist für die Menschen in den neuen Ländern heute das Ende der persönlichen Lebenspläne und -entwürfe. Infolgedessen sind wir ein Jahr nach Herstellung der Einheit noch immer ein geteiltes Land. Die alte Grenze teilt uns immer noch schmerzlich in diejenigen mit den besseren und diejenigen mit den schlechteren Chancen, mit der sicheren und der unsicheren Existenz, mit den Siegergefühlen und den Verlierergefühlen, mit der gerade und der gebrochenen Biographie.

Über die staatliche Einheit können wir uns also freuen; sozial und mental ist sie aber noch unvollendet. Sozial sind wir erst vereinigt, wenn Arbeitslosigkeit und Armut nicht mehr in signifikant größerer Häufigkeit diejenigen heimsuchen, die in den neuen Ländern leben. Dort liegt aber die Arbeitslosigkeit bei über zwölf Prozent, regional sind es manchmal sogar 50 Prozent. Zählt man die über 49.000 Kurzarbeiter mit extrem niedriger Arbeitszeit, die über 100.000 Vorruhestandler und die, die an Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, hinzu, ergäbe sich eine sehr viel höhere Zahl vernichteter Arbeitsplätze. Daß Mietsteigerungen von bis zu mehreren 100 Prozent, Preissteigerungen im Schnitt von fast 14 Prozent - allein die Energiekosten, die ja auch den Preis für das Wohnen mitbestimmen, sind um über 150 Prozent gestiegen - Unruhe schaffen, ist nachvollziehbar. Westdeutsche wissen aus langer Erfahrung, wie sehr und wie schmerzhaft diese Seiten der Marktwirtschaft in ihre Planungen eingreifen. Sie müßten doch die Empörung ihrer Mitbürger teilen können, zumal ihnen mit der sozial unausgewogenen Erhöhung von Steuern und Abgaben ebenfalls Opfer abverlangt werden.

Diese Zahlen illustrieren vor allem die massenhafte Verunsicherung der Menschen in der ehemaligen DDR. Auf dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen sind das Schicksalsschläge, mit denen sie niemals haben rechnen können, die sie also völlig unvorbereitet treffen. Die ungeklärte Vergangenheit erhöht zum Teil die Schmach der Arbeitslosigkeit - wurde doch oft zuerst entlassen, wer in Stasi oder SED war. Manchem erschien die Brandmarkung dadurch eine doppelte, erst recht wenn der Stasi- oder SED-Verdacht unbegründet war. Andererseits blieben Personen im öffentlichen Leben an entscheidungsrelevanten (und sehr gut bezahlten!) Stellen sichtbar, die auch schon im SED-System Verantwortung getragen hatten. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Götting und Tisch gehen praktisch als freie Männer aus dem Gerichtssaal, Honecker und Mielke schützt ihr Alterssiechtum, das sie jedoch keinesfalls an der Machtausübung gehindert hat. Schalck sitzt unter dubiosen Schutz und als Empfänger guter Honorare der Medien am schönen Tegernsee. Menschen, die sich von der SED-Führung betrogen fühlten, sind erneut die, die zu kurz kommen.

Zwar mußten in der DDR viele Rentner mit etwa 400 DM auskommen; jetzt haben sie dank auch der Anstrengungen der SPD beim Rentenüberleitungsgesetz vielleicht 600 bis 800 DM. Aber mit 400 Mark konnte man in der DDR wohl besser leben als mit 600 DM in der Bundesrepublik. Familien, die seit Jahren ein verlassenes Haus bewohnbar gemacht und auch bezahlt haben, fühlen sich von Rückgabeansprüchen ehemaliger Besitzer - oft zu Unrecht - bedroht. Nichts also ist mehr selbstverständlich, die Wohnung nicht, die Arbeit nicht. Der Alltag verlangt, eine Vielzahl von Aktivitäten, die bisher völlig unbekannt waren. In einem ganz anderen Sinn als früher wird über zu viel Bürokratie geklagt. Für alles einen Antrag: Wohngeld, Kindergartenplatz, Kindergeld, Krankenversicherung usw., usw. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieser

Mühevallung ist oft noch nicht bei den Menschen angekommen. Alles, außer der Landschaft - und die kommt mit Herrn Krauses Beschleunigungsgesetz auch noch vielerorts an die Reihe - und der Tageszeit hat sich für die Menschen in den neuen Ländern geändert. Ich verstehe, daß die Gewöhnung nicht so schnell gelingt, wie die Veränderung es verlangt.

Die Frage, die sich viele in den neuen Ländern bei dieser Geschwindigkeit noch nicht haben stellen können, ist, welche der Veränderungen von ihnen selbst gewünscht waren und welche sie deshalb billigend in Kauf nehmen müssen. So ist zum Beispiel die westdeutschen Gesellschaft eine recht mobile. Die Menschen gehen oft dahin, wo sie eine attraktive Aufgabe finden. Wir waren in der DDR eingemauert und mußten uns einrichten. Unseren Lebensunterhalt verdienten wir nicht im Wettbewerb mit anderen. Die Eigenschaft der Mobilität konnte man also nicht lernen. Mobilität heißt aber nicht nur räumliche, sondern auch berufliche. Weiterbildung hatte zwar einen hohen Stellenwert in der DDR, Qualifizierung hieß das und führte manchen zu höherer Verantwortung in einem Beruf oder seinem Betrieb. Jetzt aber ist die Bereitschaft gefragt, einen ganz neuen Beruf zu erlernen, und es ist noch nicht einmal ausgeschlossen, daß dies noch ein weiteres Mal im Leben notwendig sein wird.

Trotzdem: Über 60 Prozent der Ostdeutschen sind inzwischen - wieder - froh darüber, daß die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik stattgefunden hat. Die Zustimmung dazu war schon geringer im Laufe des Jahres 1991. Übersehen etwa viele den unermesslichen Wert des Erreichten? Es gibt keine politischen Gefangenen mehr! Bautzen wird wieder der Name einer sehr schönen alten Stadt sein und nicht mehr als Synonym für politische Justizwillkür, für Menschenrechtsverletzungen bei der Inhaftierung und im Strafvollzug! Es gibt keinen politischen Druck mehr auf Menschen, sich in dieser oder jener Organisation zu betätigen, an Aufmärschen teilzunehmen und bei vielen Gelegenheiten anders zu sprechen als sie denken! Es gibt keine Stasi-Spitzen mehr, die kontrollieren, ob einem die Art der Lüge auch gelungen ist, und die die Menschen einteilen in Schädlinge und Stützen für einen Machtapparat! Es gibt niemanden mehr, der das Glück oder Unglück eines Ferienplatzes nach irgendwelchen Kriterien zuweist! Bücher und Zeitungen werden nicht mehr zensiert, Schriftsteller, Journalisten und Leserbriefschreiber haben das freie Wort! Wir können unsere Regierung abwählen, wir müssen nicht mehr abwarten, bis sie an ihrer eigenen Unfähigkeit scheitert!

Vielleicht aber sind einer allzu vergeblichen Minderheit, die ihre verständlichen Unzufriedenheiten in DDR-Nostalgie verkommen lassen, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte schon zu selbstverständlich geworden? Die Streiks aber um die Anerkennung der Berufsjahre zeigen jedenfalls, daß man sich in den neuen Bundesländern der Vorzüge der Demokratie bewußt ist und sie nutzt. Wir müssen für diese Vorzüge auch niemandem Dankbarkeit erweisen, wir haben sie uns selbst erkämpft!

Wir sind noch immer ein geteiltes Land, auch in den Köpfen der Westdeutschen. Es gibt eine eigentümliche Angst vor Verlust und Veränderung, eine eifrige Art von Besitzstandswahrung, für die auch Verständnis aufgebracht werden muß. Uns allen stehen noch die Einsicht und die praktische Einübung in die Notwendigkeit des Teilens bevor. Ich fürchte, ohne Konflikte wird das nicht abgehen. Die Art und Weise, wie wir diese Konflikte zu lösen vermögen, wird darüber entscheiden, ob wir den 3. Oktober alljährlich als einen Freudentag werden begehen können. Ich bin nicht ganz sicher, aber ich hoffe es sehr - mir und uns Deutschen in Europa!

(-/2. Oktober 1991/rs/fr)

(Dieser Artikel erschien erstmals in der "FAZ"-Sonntagsausgabe)

Zeichen der Solidarität setzen!

Zur Notwendigkeit, der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten

**Von Heidemarie Wleczorek Zeul MdB
Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Die Sorge, daß Fremdenhaß und Rassismus zum Alltag im Osten Deutschlands wie auch in den westlichen Bundesländern werden, hat die SPD Hessen-Süd zum Ausdruck gebracht. Der Menschlichkeit muß eine Chance gegeben werden. Angesichts des Terrors, der in jüngster Zeit besonders Asylbewerber in den östlichen Bundesländern trifft, jedoch auch Menschen im Westen bedroht, sind Regierungen, Parlamente, Parteien und gesellschaftliche Gruppen aufgefordert, ein Zeichen der Solidarität mit Menschen anderer Nationalität, Kultur und Religion zu setzen.

Fremdenfeindlichkeit, Rassenhaß und die Diskriminierung von Minderheiten dürften in Deutschland keinen Platz mehr bekommen. Justiz und Polizei müssen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zum Schutz der Gemeinschaftsunterkünfte ausschöpfen. Vorurteilen gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen, die von einzelnen Politikern oder Zeitungen geschürt werden, muß öffentlich entgegnet werden. Die parteipolitische Auseinandersetzung über die Asylpolitik darf nicht auf dem Rücken wehrloser Menschen ausgetragen werden.

Angesichts der historischen Erfahrungen, die unser Land mit Fremdenhaß, der Verfolgung Andersdenkender und der Besetzung demokratischer und freiheitlicher Normen gemacht hat, gilt es, für eine Politik einzutreten, die der Demagogie von Rechtsextremen den Boden entzieht. Wir brauchen eine humane Orientierung von Politik und Gesellschaft. Vorrangig müssen dabei Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Armut bekämpft und damit sozialer Ausgrenzung entgegengewirkt werden. Asylbewerber, Flüchtlinge und andere Ausländer dürfen nicht zu Sündenböcken für soziale Krisen gemacht werden.

Nachdrücklich spricht sich die SPD Hessen-Süd gegen eine Änderung des Grundrechts auf Asyl aus. Eine Einschränkung würde keinerlei Entlastung in Bezug auf die Zuwanderung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern bringen. Stattdessen würde die Bundesrepublik Deutschland um ein Stück Humanität ärmer werden. Es gilt, im Rahmen der bestehenden Regelungen eine Änderung bei der Verfahrensweise und bei der Zuweisung an die Gemeinden zu erreichen. Die SPD hat gerade in den vergangenen Tagen konstruktive Lösungsvorschläge unterbreitet, die sowohl der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Gemeinden als auch den Geboten der Menschlichkeit Rechnung tragen.

(-/2. Oktober 1991/rs/tr)

DOKUMENTATION

Gustav-Heinemann-Initiative: Ausländer und Verfolgte schützen!

Die Gustav-Heinemann-Initiative (GHI) hat auf Ihrer jüngsten Tagung, am Wochenende in Erfurt, dazu aufgerufen, Ausländer und Verfolgte zu schützen. Der Appell im Wortlaut:

Die Gustav-Heinemann-Initiative wendet sich an alle BundesbürgerInnen mit dem Aufruf: Helfen Sie mit, die Rechte ausländischer Nachbarn zu schützen! Viele sind als Arbeitskräfte

ausdrücklich in unser Land geholt worden. Andere suchen als Flüchtlinge Schutz vor Verfolgung und Terror in ihrer Heimat und haben Anspruch auf Asyl. Wieder andere kommen als Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten unter dem Schutz der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen. Die meisten aber leben unter uns als Handelspartner, Militärangehörige aufgrund von Stationierungsverträgen, EhepartnerInnen Deutscher und erinnern uns daran, daß unser Land mit seinen weltweiten Wirtschaftsbeziehungen und Interessen auf gute Nachbarschaft über alle Grenzen der Sprache, Hautfarbe, Religion oder Kultur hinweg angewiesen ist.

Die Angriffe auf Ausländer, die bei uns Zuflucht suchen, empören uns. Sie sind eine Schande nicht nur für die, die so verblendet Menschenwürde und Leben ihrer Nachbarn angreifen, sondern auch für die staatlichen Stellen, die diesen Angriffen nicht genügend entgegenreten. Wir verurteilen die unmenschliche Sprache, die dieses Unrecht entscheidend mitbestimmt hat. Wer von "Asylanten", statt von Verfolgten und Flüchtlingen redet, tut Unrecht. Wer gar von "Asylantenflut" oder "Schwemme" spricht, treibt Hetze und wird durch seine Wortwahl zum Mittäter bei diesen Verbrechen gegen die Menschenwürde unserer ausländischen Nachbarn und Gäste.

(-/2. Oktober 1991/rs/fr)

ÖTV: Dem Ausländerhass entgegenreten

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat eindringlich dazu aufgerufen, das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte zu verteidigen und dem zunehmenden Ausländerhaß energisch entgegenzutreten. Das geht aus einer am Mittwoch im thüringischen Oberhof vom Hauptvorstand der Gewerkschaft beschlossenen Erklärung hervor. Scharf verurteilt darin die Gewerkschaft ÖTV die Übergriffe auf Ausländer und appelliert an alle gesellschaftlichen Gruppen, gegen Ausländerhaß aktiv vorzugehen. In ihrem Beschluß plädiert die Gewerkschaft gleichzeitig für eine "realistische und sozialverträgliche Einwanderungspolitik" und die Einführung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer. Nachstehend die Erklärung im Wortlaut:

Die Ausschreitungen gegenüber ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Hoyerswerda, der erschreckende Stimmenzuwachs für die DVU in Bremen und die jüngsten Übergriffe von Ilmenau bis Bochum haben wieder für alle sichtbar gemacht, was durch den Prozeß der Deutschen Einheit zeitweise verdrängt war: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz gegenüber Minderheiten sind noch immer Gefahren für die demokratische Kultur und politische Glaubwürdigkeit der Deutschen.

Statt dieser Herausforderung gemeinsam zu begegnen, haben Bundesregierung und die politischen Parteien mit ihrer unsäglichen Geisterdebatte zum Asylrecht auch noch Öl ins Feuer gegossen.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV stellt sich der sich ausbreitenden Welle der Intoleranz entgegen. Er fordert die Parteien auf, die Debatte über eine Änderung des Grundgesetzes unverzüglich zu beenden. Das Grundrecht auf Asyl steht nicht zur Disposition. Es ist auch nicht die Ursache für den Zustrom von Ausländern. Die verhältnismäßig kleine Zahl der Asylbewerber hat die in vielen Gemeinden vorhandenen Mißstände nicht ausgelöst. Sie sind vielmehr auf die ungebremsete Aufnahme von Aussiedlern aus Osteuropa und die Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau zurückzuführen. Nötig sind deshalb vor allem rasche Entscheidungen zur Beseitigung von Problemen, zum Beispiel bei der Unterbringung und der Beschleunigung der Verwaltungsverfahren, bei der Verteilung von Asylbewerbern, bei der Arbeitsmarktpolitik und beim Wohnungsbau. Genauso dringlich ist die Verbesserung der Stellen- und Arbeitssituation in den zuständigen Behörden und Gerichten.

Wir können die Augen nicht vor neuen Wanderungsbewegungen verschließen, die durch die Armut in vielen Ländern der Dritten Welt und Süd- und Osteuropas ausgelöst werden. Wir werden nicht alle Probleme dieser Welt in der Bundesrepublik Deutschland lösen können. Wir müssen auch mehr Hilfe leisten, um Flüchtlingen in Ihren Herkunftsländern Lebensperspektiven zu ermöglichen. Und trotzdem ist es eine Illusion zu glauben, wir könnten uns in einer Festung Europa einmauern. Was wir brauchen ist eine realistische und sozialverträgliche Einwanderungspolitik. Auf dieser Basis könnten Zuwanderungsquoten festgelegt und in der EG harmonisiert werden. Auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer wäre ein wichtiger Schritt zur politischen Integration von Ausländern.

Der Hauptvorstand fordert Bezirke und Kreisverwaltungen auf, sich in gewerkschaftlichen Veranstaltungen mit der Ausländerpolitik zu befassen. Die Kreisverwaltungen sollten örtliche Arbeitskreise bilden, die praktische Probleme der Integration von Ausländern aufgreifen (wie zum Beispiel Unterbringungsfragen, Integrationsangebote, Arbeitssituation in Ausländerbehörden) und in die lokale Öffentlichkeit einbringen.

Der Geschäftsführende Hauptvorstand wird beauftragt, die verstärkte Behandlung der Themen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Integration in der Bildungsarbeit fortzusetzen und die zentrale Öffentlichkeitsarbeit hierzu zu verstärken.

Der Hauptvorstand appelliert an alle gesellschaftlichen Gruppen, an demokratische Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen, gemeinsam dem Ausländerhaß entgegenzutreten und durch breit getragene Initiativen auf kommunaler Ebene zur Verbesserung des Zusammenlebens von deutschen und Ausländern beizutragen.

(-/2. Oktober 1991/rs/tr)
